

Tagungsbericht zum 48. AFK Kolloquium

Braucht Frieden Ordnung?

Lisanne Lichtenberg und Christine Schnellhammer¹

Begrüßung und Eröffnung der Tagung

Das Kolloquium wurde mit einem Plädoyer von Dr. Jan Ulrich Clauss (Gustav-Stresemann-Institut) eröffnet, den Frieden in Europa nicht als Selbstverständlichkeit zu betrachten. In diesem Zusammenhang erinnerte er insbesondere an die gewaltsamen Auseinandersetzungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts und den wichtigen Beitrag der Europäischen Union zur Befriedung des europäischen Kontinents.

Uwe Trittman (Evangelische Akademie Villigst) gab einen thematischen Ausblick auf das diesjährige Kolloquium. Neben den inhaltlich-methodisch vielfältigen Panels verwies er insbesondere auf die Podiumsdiskussionen über Weltordnungsmodelle und die Bedingungen einer globalen Friedensordnung, an denen Prof. em. Dr. Dieter Senghaas und Prof. em. Dr. Ulrich Menzel als prominente Gäste teilnahmen.

Dr. Tatjana Reiber (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2. Vorsitzende der AFK) stellte die Aktualität und Omnipräsenz des Tagungsthemas fest. Zudem betonte sie, dass Ordnungskonzepte und Vereinbarungen von Ordnungen eine wichtige Rolle für die Lösung derzeitiger Konflikte spielen.

Keynote: Prof. Dr. Séverine Autesserre (Columbia University, New York/USA) „Peaceland: Conflict Resolution and the Everyday Politics of International Intervention“

Prof. Dr. Séverine Autesserre (Columbia University, New York) hielt einen Vortrag mit dem Titel „Peaceland: Conflict Resolution and the Everyday Politics of International Intervention“, der einen gelungenen Einstieg ins Tagungsthema und gleichzeitig einen Anknüpfungspunkt für nachfolgende Panels darstellte. In ihrer Keynote eröffnete sie eine neue Perspektive auf internationale Friedensmissionen, indem sie die bestehenden Routinen und Alltagspraktiken der intervenierenden Akteure in den Mittelpunkt rückte. So wurden Narrative und Handlungsmuster sichtbar, die externe Intervenierende nutzen, um sich angesichts ihrer Befremdung vor Ort Orientierung in den Nachkriegsgesellschaften zu verschaffen. Derartige Praktiken würden jedoch Begegnungen mit Einheimischen erschweren und lokale Wissensbestände abwerten, anstatt lokale Expertise systematisch mit einzubeziehen und den darin liegen-

¹ Unser Dank gilt Christine Buchwald, Clara Dewes, Dr. Tobias Ide, Dr. Katja Mielke, Jana Rottmann und Prof. Dr. Conrad Schetter für ihre Mitschriften und Zusammenfassungen einzelner Panels.

den Nutzen für die Herstellung von Frieden und Ordnung zu erkennen. Autesserres Kritik richtete sich daher insbesondere auf alltägliche Handlungspraktiken, die von externen Intervenierenden als selbstverständlich und zweckmäßig angesehen werden, obwohl sie dem eigenen Anspruch zur Friedensschaffung und der Effektivität von Peacebuilding-Interventionen diametral entgegenstehen. Auf diese Weise fungieren die externen Intervenierenden als zentrale Ordnungskräfte, ohne jedoch ausreichende Kenntnisse über die Gegebenheiten und Strukturen vor Ort zu besitzen - mit weitreichenden Konsequenzen für den Erfolg friedensschaffender Missionen. In der anschließenden Diskussion wurde u.a. die fehlende Thematisierung von Rassismus und (postkolonialen) Machtasymmetrien in Autesserres Ansatz kritisch angemerkt.

Podiumsdiskussion: „Friedensordnung in einer zerklüfteten Welt“

Unter der Moderation von Prof. Dr. Christoph Weller (Universität Augsburg) diskutierten Prof. em. Dr. Dieter Senghaas (Bremen), Prof. Dr. Ursula Schröder (Freie Universität, Berlin) und Dr. Jörn Grävingholt (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) am zweiten Tagungstag über eine „Friedensordnung in einer zerklüfteten Welt“. Dabei kamen insbesondere aktuelle Entwicklungen und Tendenzen der Staatenwelt zur Sprache. Sowohl die zunehmende Peripherisierung innerhalb der OECD als auch *failing* und *failed states* bedrohten die derzeitige internationale Ordnung. Laut Senghaas seien bislang keine Aussagen darüber möglich, ob diese Staaten sich zukünftig in Richtung Regression oder Progression entwickeln werden. Daneben sei aufgrund der steigenden Anzahl nicht-staatlicher Akteure und des Rückgriffs auf lokale Formen der Konfliktlösung unterhalb der Staatsebene auch eine Lokalisierung des Peacebuildings beobachtbar. Neben staatlichen Ordnungssystemen waren auch gesellschaftliche Ordnungsmodelle ein zentraler Diskussionsgegenstand, wobei es hauptsächlich um Alternativen zum dominierenden westlichen Gesellschaftsmodell ging.

Podiumsdiskussion: „Hegemonie, Anarchie oder Weltgesellschaft? Weltordnungsmodelle für das 21. Jahrhundert“

Im Abschlussplenum diskutierten Prof. em. Dr. Ulrich Menzel, Dr. Corinna Hauswedell (FEST Heidelberg) und Prof. Dr. Dirk Messner (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn), moderiert von Prof. Dr. Peter Schlotter, über Weltordnungsmodelle des 21. Jahrhunderts. Von zentraler Bedeutung war hierbei die Frage, wie die Herstellung einer internationalen Ordnung im Kontext einer hierarchischen Welt gelingen kann. Anhand des Beispiels internationaler öffentlicher Güter erläuterte Menzel zwei verschiedene Modelle internationaler Ordnungen nach der Hegemonie- und der Imperial-Theorie. Von den Podiumsteilnehmer*innen wurde aber auch gefordert, nach Ordnungskräften jenseits des Staates Ausschau zu halten und staatliche Ordnungssysteme kritisch zu betrachten. So befinde sich die derzeitige Weltordnung in einer Phase fundamentalen Wandels, wobei auf dem gesamten Globus zunehmende Erosions- und Zerfallsprozesse beobachtbar seien. Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage wird die Hoffnung geäußert, dass nach einer langen Phase „westlicher“ Dominanz nun die Entstehung einer post-„westlichen“ Weltordnung möglich sei.

Panel 1: Herausforderungen von Ordnung und Zukunft

Prof. Dr. Solveig Richter (Universität Erfurt) referierte zum Thema „Der erkaufte Frieden. Welche Ordnung schafft „state capture“ in Nachkriegsgesellschaften?“, wobei sie Bosnien-Herzegowina als Fallbeispiel heranzog. Hierbei zeigte sie auf, dass analytisch brauchbare Konzeptionen von *state capture* fehlen und kritisierte in diesem Zusammenhang die gängige Gleichsetzung mit Korruption in öffentlichen Diskursen. Naheliegender sei hingegen ein Vergleich mit dem Konzept des Neopatrimonialismus. Diese konzeptuelle Schwäche des *state capture*-Begriffs ist nach ihrer Ansicht gerade für die Analyse von Nachkriegsgesellschaften problematisch, weil informelle Strukturen in die Nachkriegsordnung hineinwirken und die Omnipräsenz alter Kriegsnetzwerke eine wesentliche Ursache für die niedrige Input- und Outputlegitimität sowie die Exklusion anderer Gruppen darstelle.

In seinem Vortrag zu „Flüchtige Kriegführung – flüchtige Ordnung?“ präsentierte Max Mutschler (BICC, Bonn) zwei Thesen, die er unter dem Begriff *liquid warfare* subsumierte. Demnach attestierte er erstens einen Bedeutungsverlust von Territorium als Machtressource und zweitens eine Gefährdung des Prinzips staatlicher Souveränität mit damit verbundenen Herausforderungen für die internationale Ordnung. Mit dem Konzept der Flüchtigkeit umschreibt Mutschler den Umstand, dass sich die Anwendung militärischer Macht zunehmend auf präzise Luftangriffe konzentrierte, während eine massive Truppenpräsenz für den Erfolg einer militärischen Intervention nicht mehr entscheidend sei. Mit dieser „Intervention light“ gehe ein Verlust der Übernahme von Verantwortung sowie die Unterminierung der bestehenden internationalen Ordnung einher. In der Konsequenz bedeute dies, dass die Kosten und Risiken der Kriegführung sinken und intervenierende Akteure keine Verantwortung für die Folgen der Intervention übernehmen.

Prof. Dr. Werner Wintersteiner (Universität Klagenfurt) äußerte in seinem Beitrag „Global Citizenship – Weltordnungswahn oder konkrete Utopie?“ Kritik an funktionierenden Ordnungen, da diese stets auf einer Bevorzugung bestimmter ökonomischer Kräfte beruhten. Im Gegensatz zu friedensfördernden Vorstellungen von Ordnung, wonach Krieg und Gewalt aus einem Mangel an Ordnung entstehen, wies Wintersteiner auf die Ungerechtigkeiten bestehender Ordnungssysteme und die Illegalisierung von Formen des Widerstands gegen diese Ordnungen hin. Hierbei ging er auf Global Governance und die darauf basierenden Weltordnungskonzepte ein, wobei er diese mit Hilfe kritischer Denker wie Chantal Mouffes und Ernest Laclau kontrastierte. So könnten Regelmechanismen jenseits der staatlichen Ebene keine dauerhafte friedliche Ordnung herstellen, weil diese Ordnung immer im Interesse bestimmter Gruppen liege. Mit einem Global Citizenship Ansatz, der eine Positionierung als politische Subjekte und eine anti-imperiale Lebensweise ermögliche, unternahm Wintersteiner den Versuch, die Problematik Ordnung vs. Widerstand gegen Ordnung aufzulösen.

Panel 2: Wer stört die Ordnung? Über Sicherheitspraktiken in Staatsbildungs- und Friedensprozessen

Prof. Dr. Ursula Schröder, Sina Birkholz und Tilmann Scherf (FU Berlin) stellten ihre gemeinsame Arbeit zum Thema „Handlungsrepertoires lokaler Eliten in internationalen Staatsaufbauprozessen. Ein Vergleich internationaler Sicherheitspraktiken im Libanon und in der Côte

d'Ivoire“ vor. Ihr Paper zielte darauf ab, lokale Handlungsrepertoires zu rekonstruieren. Im Hinblick auf Handlungsräume bemängelten sie, dass es kaum Spielraum für Verhandlungen gäbe und häufig der „technical talk“ sowie die Frage nach dem „wie“ im Vordergrund stünden. Außerdem erläuterten sie sowohl die verschiedenen Rollen, die Forschende einnehmen könnten, als auch die unterschiedliche Beschaffenheit des Forschungsraumes.

Dr. Werner Distler und Maria Ketzmerick (Philipps-Universität Marburg) beschäftigten sich mit der historischen Konstellation des Statebuilding und Peacebuilding unter externer Treuhandschaft und Internationaler Administration. Statebuilding komme häufig einer „Politics of Protection“ (PoP) gleich, die der Darstellung und Herstellung von öffentlicher Ordnung und des Gewaltmonopols diene. Anhand verschiedener Fallbeispiele kamen Distler und Ketzmerick zu dem Ergebnis, dass die PoP in den Übergangsphasen u.a. aus Legitimitätsgründen umstritten sei. Die PoP externer Treuhänder zielen zudem maßgeblich auf Stabilität und Ordnung ab, wodurch sie eher für eine kurzzeitige Pazifizierung als für eine nachhaltige Konsolidierung Sorge. Zudem werden durch Staatsbildungsprozesse neue Hierarchien und Konfliktlinien konstituiert.

Dr. Teresa Koloma-Beck (Humboldt-Universität Berlin) befasste sich mit der „Sicherheitsproduktion in Kabul in alltagspraktischer Perspektive“. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit standen soziale Räume und die Frage, wie diese durch einen bewaffneten Konflikt strukturiert werden. Beck untersuchte das Thema aus alltagstheoretischer Perspektive, um einen neuen Blickwinkel zu gewinnen. Sicherheit sei laut Beck an sog. „sicheren“ Orten im Alltagsleben zu finden, bei denen es sich häufig um abgegrenzte Innenräume handle. Zugleich betonte sie, dass für das Gefühl der Sicherheit insbesondere Merkmale wie Kleidung oder Sprache eine Rolle spielen, da sie über die Bewegung in und die Zugehörigkeit zu bestimmten Räumen entscheide.

Dr. Philipp Münch (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) hielt einen Vortrag über „Intermediäre der Intervention. Internationale Missionen und lokale Machthaber in Afghanistan und der DR Kongo“. Anhand dieser zwei Fallbeispiele analysierte Münch die Rolle von Intermediären, die im Rahmen von Interventionen häufig eine Mittlerfunktion übernehmen, um Ressourcen, Wissen über lokale Verhältnisse und Legitimation bereitzustellen. Sowohl in Afghanistan als auch im Kongo seien die Sicherheitspraktiken von lokalen Intermediären abhängig gewesen. Neben offiziellen Zielen wie z.B. Sicherheit für den Staatsaufbau verfolgen diese aber auch eigene Interessen, die in beiden Fällen schwer zu kontrollieren waren.

Panel 3: Political Order, Conflict and Peace

Die Vorträge in diesem Panel beschäftigten sich mit der Beziehung zwischen der politischen Ordnung und der Wahrscheinlichkeit für zivile Konflikte bzw. dauerhaften Frieden.

Dr. Sebastian Ziajas (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn) Paper mit dem Titel „Political Regimes and Conflict Risk – a Reassessment Employing a New Empirical Typology“ untersuchte die Frage, ob die politische Ordnung das Risiko ziviler Konflikte beeinflusst. Dafür nutzte er eine induktive Typologie politischer Regime, um deren Form zu identifizieren.

Ziaja fand sieben verschiedene Regimetypen, darunter vier Arten von hybriden Regimen. Indem er jede Regimeart einem Land zuwies, konnte er anschließend die Prognosefähigkeit seiner neuen Typologie mit anderen, konventionellen Klassifizierungsansätzen vergleichen.

Im Rahmen seiner Arbeit zum Thema „How difficult is building peace? Measuring the latent difficulty of peace accord provisions“ warf Dr. Constantin Ruhe (Universität Konstanz) die Frage auf, welche Merkmale erfolgreiche, stabile Friedensabkommen charakterisieren. Mithilfe eines Item Response Modells untersuchte Ruhe die latenten Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit Friedensabkommen auftreten. Ziel seiner Arbeit war die Entwicklung von Leitlinien für Akteure, die an Konfliktregelungen beteiligt sind, sowie die Identifizierung derjenigen Vorschriften, die am schwierigsten zu akzeptieren seien.

Dr. Christoph Trinn und Thomas Wencker (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg) befassten sich mit dem Thema „Giving an Inch, Taking a Mile? Autonomy Arrangements and Conflict Deescalation in Asia and Oceania“. Sie untersuchten, welche Art von Autonomieregelungen in gewalttätigen innerstaatlichen Konflikten zu einer Eskalation bzw. Deeskalation der Gewalt führt. Dabei kamen die Autoren zu dem Ergebnis, dass die politische Ordnung mit der Glaubwürdigkeit von Autonomieangeboten eng verbunden sei und die angebotenen Machtzugeständnisse Einfluss auf die Entscheidung haben, gewalttätige Mittel einzusetzen.

Panel 4: Transliberaler Frieden

Panel 4 stand im Zeichen des transliberalen Friedens. Während Dr. Regine Heller (IFSH) in den theoretischen Überbau einführte, zeigte Dr. Anna Kreikemeyer (IFSH) anhand eines Beispiels die Bedeutung des Konzepts auf. Prof. Dr. Thorsten Bonacker (Philipps-Universität Marburg) fungierte als kritischer Kommentator.

Dr. Regine Heller ging der Frage nach, wie unter veränderten Vorzeichen ein liberaler Frieden hergestellt werden könne, da das bisherige liberale Friedenskonzept aufgrund der Existenz hybrider und multipler Gesellschaften in der Praxis an seine Grenzen stoße. Der „klassische“ liberale Frieden weise drei konstituierende Elemente auf: Die Modernisierungstheorie (Fortschritt und Theorie stehen in engem Zusammenhang), die humanistische Annahme (das Individuum als Ausgangspunkt und Ziel für alle Friedensbemühungen) und die universalistische Annahme (Übertragbarkeit der liberalen Friedensideen auf andere Gesellschaften). Nach Heller müssten diese Grundannahmen überarbeitet und ergänzt werden. Liberale Friedensideen dürften nicht essentialistisch gedacht werden. Stattdessen sollten Lösungsstrategien der unterschiedlichen Akteure miteinander verbunden werden, um tragfähigen Frieden auch in hybriden und multiplen Gesellschaften zu ermöglichen.

Dr. Anna Kreikemeyer zeigte am Beispiel des kirgisischen Ferganatal die praktische Anwendung des Modells der Hybridität - verstanden als „the in-between“ (Bhabha) - auf. Dafür verglich sie die Konzepte *Security Governance*, *Hybrid Political Order* und *Everyday Hybrid Peace* mithilfe folgender Kriterien und Problemkomplexe: Deskription der Hybridität, Differenz, externe Intervention und Lokalisierung. Für das kirgisische Ferganatal kam sie zu dem Ergebnis, dass keines der genannten Konzepte in Reinform vorliege. Dennoch könne aufgrund der Vielzahl an Interventen und der Existenz multipler Ordnungen Hybridität für diese Region angenommen werden. Ein weiteres Indiz hierfür sei das Aufeinandertreffen von alten

Traditionen, „starken Frauen“ und externen Akteuren. Im Rahmen ihres Plädoyers wies die Referentin auf die Persistenz der Interventionen hin verbunden mit der Frage, wie man Interventionen ordnet. Hybridität sei nach Kreikemeyer kein „alter Wein in neuen Schläuchen“, sondern habe eine neue Qualität erreicht, die bisher noch zu wenig erforscht sei.

Prof. Dr. Thorsten Bonacker zeigte in seiner Diskussion auf, dass das erste Paper die Rekonstruktion des Konzeptes darstelle, während das zweite eine empirische Unterfütterung sei. Hierbei merkte er die Widersprüchlichkeit der Empirie an und hinterfragte, ob alle denkbaren Fälle unter einem Frieden subsumierbar seien. Bei der reinen Konstruktion der theoretischen Unterfütterung herrsche die „Schreibtischidee“ des Friedensbegriffes vor und der Liberalismusbegriff sei zu undifferenziert betrachtet worden. Letztlich begrüßte Bonacker jedoch die Idee, sich wieder stärker mit dem „in Verruf geratenen“ Begriff des (trans)liberalen Friedens auseinanderzusetzen.

Panel 5: New empirical Approaches in Peace and Conflict Research

Dr. Johannes Vüllers (Universität Konstanz) untersuchte den Einfluss von Handyempfang auf gewalttätige und gewaltfreie Konflikte in Nepal. Zunächst erläuterte er die Rolle von Mobiltelefonen im Hinblick auf politischen Aktivismus. So würden diese beispielsweise die politische Mobilisierung sowie die Organisation erleichtern und somit das wichtigste Informations- und Kommunikationsmittel darstellen. Im Rahmen seiner Analyse fand Vüllers heraus, dass Handys die Wahrscheinlichkeit für politischen Aktivismus generell erhöhen. Allerdings lasse sich noch kein unterschiedlich großer Einfluss von Handys auf konfliktfreien und konflikttätigen Aktivismus konstatieren.

Adam Scharpf (Universität Mannheim) präsentierte ein Paper mit dem Titel „Regimes, Organizational Rivalry, and Repression in Counterinsurgency Wars“ und untersuchte die weit verbreitete Annahme, dass autokratische Staaten brutalere Maßnahmen zur Bekämpfung aufständischer Gruppen ergreifen würden als Demokratien. Scharpf analysierte u.a. die militärischen Strukturen und regimespezifischen Kontrollen sowohl in Autokratien als auch in Demokratien. Er fand heraus, dass Rivalität die Wahrscheinlichkeit von Repressionen insbesondere in Demokratien erhöhe und zeigte einen Zusammenhang zwischen Organisationsdynamiken und Repressionen auf.

Anschließend stellte Dr. Roos von der Haer ihre gemeinsame Arbeit mit Sebastian Schutte (Universität Konstanz) vor, in der sie Möglichkeiten und Grenzen von Umfragen per Handys am Fallbeispiel Indiens untersuchen. Die Forschungsgruppe nutzt SMS, um Daten aus Konfliktgebieten zu sammeln, da Handys als Umfragemittel laut von der Haer den Vorteil hätten, dass sie auch in vielen ärmlieheren Gebieten weit verbreitet seien. Außerdem ermögliche eine speziell entwickelte Software eine nahezu automatisierte Umfrage. Nichtsdestotrotz stieße das Forschungsteam derzeit immer wieder auf technische und inhaltliche Probleme.

Panel 6: Humanitäre Ordnung – Hilfe, Ungleichheit und Gewalt

Dr. Anne Menzel (Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle) diskutierte in ihrem Vortrag die Praxis humanitärer Hilfe, die von Ungleichheit und Gewalt geprägt sei. Am Beispiel der Ebola-Epidemie in Westafrika mit Schwerpunkt Sierra Leone verdeutlichte sie bestehende Praktiken humanitärer Hilfe und deren Folgen, um zu einem Verständnis humanitärer Hilfe als Teil einer eigenen Kultur beizutragen. Konkret stellte Menzel eine Selektivität humanitärer Hilfe fest, die sich in der Exklusion bestimmter Personengruppen von Hilfsleistungen manifestiere. Nach ihrer Ansicht sei es der Logik von Entwicklungsprojekten geschuldet, dass eine derartige Ungleichbehandlung zur Normalität werde. Betroffen seien insbesondere die ärmsten Bevölkerungsgruppen, deren Not trotz der Präsenz von Entwicklungsorganisationen in Krisenregionen kaum gelindert werde - mit häufig tödlichen Folgen. Gleichzeitig seien strukturelle Ungleichheit und Machtasymmetrien auch innerhalb von Hilfsorganisationen zu beobachten. So erhalten lokale Mitarbeiter und internationales Personal häufig unterschiedliche Arbeitsverträge, die zu einer großen Diskrepanz hinsichtlich der Gehaltszahlungen und sonstiger Leistungen führen. Hieraus folgerte Menzel, dass die von Gewalt und Ungleichheit geprägten Praktiken der Entwicklungsorganisationen in der Regel nicht zu einer substantiellen Verbesserung der Situation vor Ort beitragen könnten.

Dr. Sophia Hoffmann (InIIS / Universität Bremen) thematisierte die Frage, wie die bestehende Ordnung in Jordanien durch die Präsenz humanitärer Hilfsorganisationen verändert wird. Letztlich hätten zwei aufeinander folgende Migrationsbewegungen aus dem Irak und Syrien dazu geführt, dass Akteure der internationalen Flüchtlingshilfe aktuell auch in Jordanien aktiv seien. Der jordanische Flüchtlingssektor sei von einem hohen Maß an Professionalität und Homogenität geprägt, wobei sich humanitäre Akteure in bestehende Systeme einordnen und folglich keine Unabhängigkeit der Hilfsorganisationen gegeben sei. In einem funktionierenden Staatswesen wie Jordanien sei dies ein neues Phänomen, da weder die Hilfsorganisationen noch die staatliche Seite auf gemeinsame Erfahrungen im Bereich Flüchtlingshilfe zurückgreifen können. Nach Ansicht der Vortragenden werde deshalb am Fallbeispiel Jordanien die Entstehung neuer politisch-ökonomischer Beziehungen sichtbar, die auch zu einer Veränderung der innerstaatlichen jordanischen Ordnung beitrage. Dies veranschaulichte Hoffmann am Beispiel der Community Police und der Einführung neuer Technologien bei der Registrierung und Versorgung der Flüchtlinge (z.B. Augenscanner, Chip-Karten). Hoffmann gelangte zu der Schlussfolgerung, dass die neuen politisch-ökonomischen Beziehungen langfristig zu einer Machtverschiebung in Jordanien führen könnten.

Mit dem Thema Flüchtlingsunterbringung in Deutschland beschäftigte sich Melanie Hartmann (Universität Marburg/Universität Gießen) in ihrem Beitrag aus raumsoziologischer Perspektive. Dabei ging sie auf das Konzept „Raum“ ein, um die begrenzten Handlungsspielräume, die Inklusions- und Exklusionsmechanismen und die epistemologische Dimension dieses Konzepts aufzuzeigen. Hartmann identifizierte die Räume für Flüchtlinge als Räume der Ungleichheit, wobei es sich um eine doppelte Ungleichheit zu handeln scheine: Einerseits die Ungleichheit zwischen den Hilfeleistenden und den Hilfeempfangenden, andererseits die Ungleichbehandlung von Kriegsflüchtlingsen und Armuts- oder Wirtschaftsflüchtlingsen. Laut Hartmann lasse sich hier angesichts der 60 Mio. Flüchtlinge weltweit ein Spannungsfeld zwischen Humanität und Ungleichheit erkennen. Zuletzt warf die Papergiverin auf der Basis empirischer Beobachtungen einen Blick auf die Taktiken und Strategien von Flüchtlingen, diese räumlichen Ordnungen herauszufordern.

Panel 7: Wer ordnet wessen Frieden?

Prof. Dr. Christoph Wellers (Universität Augsburg) Paper beschäftigte sich mit Ordnungsvorstellungen von Weltfrieden in der Friedensforschung. Dabei sei eine Unterscheidung zu treffen hinsichtlich der normativen Frage, wie Weltfrieden aussehen sollte, und der optionalen Frage, wie er überhaupt aussehen könnte. In friedenswissenschaftlichen Analysen wurde in der Vergangenheit immer wieder als entscheidend für den Weltfrieden die Ordnung des menschlichen Zusammenlebens in den Mittelpunkt gerückt. Weller beendete seinen Vortrag mit einer Aufzählung von acht Bedingungen des Weltfriedens, wobei er insbesondere auf Carl Friedrich von Weizsäckers 1963 gehaltene Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels Bezug nahm.

PD Dr. Claudia Kemper (Hamburger Institut für Sozialforschung) begann ihren Vortrag über „Erfahrungen und Erwartungen – zur historischen Dimension von Friedensordnungen in kritischen Momenten“ mit zwei Thesen. Sie nehme erstens an, dass sich Friedensordnungen immer auf den vorhergegangenen Krieg beziehen würden und zweitens, dass Friedensordnungen in sich sehr unterschiedlich gestaltet seien. Gesellschaftlich wirksame Friedensordnungen definierte sie als kommunizierte Ordnungen, die in Praktiken übersetzt würden. In ihrem Vortrag konzentrierte Kemper sich auf die Frage, wer wessen Frieden ordne. Sie kam zu dem Ergebnis, dass der, die oder das Ordrende im historischen Prozess entstehe und eine variable Figur sei. Eine Unterscheidung zwischen Akteuren, die Ordnung bestimmen und Akteuren, die geordnet werden, sei nicht pauschal möglich, sondern müsse in historisch spezifischen Konstellationen untersucht werden.

Mithilfe eines Schaubildes verknüpfte Dr. Regine Mehl (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) anschließend die Vorträge von Weller und Kemper. Außerdem nahm sie die Kritik auf, dass eine OECD-Friedensvorstellung vorherrsche, was zu einer Reproduktion des Kapitalismus führen würde. Insbesondere erinnerte Mehl aber an die neue und bisher zu wenig beachtete ökologische Dimension, und appellierte daran, diese im Rahmen von Friedensordnungen und innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung stärker zu berücksichtigen.

8. Panel: Un-/ Ordentliches Wissen

Lisa Bogerts (Goethe-Universität Frankfurt/Main) erläuterte unter Rückgriff auf die *Critical Visual Theory* den Einfluss von Street Art auf Politik, Krieg und Gewalt und ging der Frage nach, ob Street Art das Potenzial habe, herrschaftskritische Visualität zu sein. Vor dem Hintergrund der Kontextebenen Produktion, Bild und Rezeption untersuchte sie, welches politische Potenzial in Street Art stecke, wie es politisches Bewusstsein schaffe und wie es auch als herrschaftskritisch wahrgenommen werde. Das herrschaftskritische Potenzial machte sie u.a. an der Strafverfolgung und Übermalung fest, die zeige, dass politische Kräfte darin eine Gefährdung der Machtpositionen sehen. Der widerständige Charakter müsse aber zunehmend hinterfragt werden, da Street Art auch verstärkt als Auftragsarbeit und zu Propagandazwecken oder als Werbung für die Erhaltung politischer Machtpositionen genutzt werde.

Thomas Mickan (Informationsstelle Militarisierung, Tübingen) untersuchte die neue Inszenierung des Militärgeschichtlichen Museums der Bundeswehr, dessen Neukonzeption 2011 durch die Bundeswehr vorgenommen wurde. Durch die Anordnung und Gestaltung der einzelnen Elemente würden die Museumsobjekte so konzeptualisiert, dass sie vermeintlich nur eine Lesart zuließen. Nach eigenen Angaben intendiert das Museum, die Kulturgeschichte der Gewalt zu dekonstruieren. Mickan zeigte auf, dass diese Dekonstruktion aber selbst wieder durch die gezielte Zusammenstellung und Inszenierung der Einzelobjekte zu Gruppen- und Themenkomplexen zu einer Konstruktion werde. So werde ein Papierflieger mit einer Geschichte des Spielens verknüpft, was einer Kontextualisierung von „Kriegsspielen“ als „naturgegeben“ gleichkomme.

Mechthild Exo (FU Berlin) präsentierte ihr Paper „Die Notwendigkeit epistemischer Unordnung am Beispiel einer dekolonialisierenden Forschung zum Peacebuilding in Afrika“. Dieser Ansatz sei eine Kritik an der Blickrichtung auf die Untersuchungs-„Objekte“, die sie durch ihre Forschungsperspektive zu involvierten Forschungsobjekten mache. Im Rahmen ihrer Dissertation habe sie mit verschiedenen Organisationen in Afghanistan zusammengearbeitet. Ihre Analyse sei dabei nicht nur von ihrem Blick auf die Organisationen und deren Strukturen geprägt, sondern durch eine kontinuierliche Reflexions- und Kommunikationskultur mit den involvierten Akteuren entstanden. Diese Methode sei an das ethnographische Vorgehen angelehnt mit dem Ziel, die eigene Positionierung im Forschungsfeld und in der Wissenschaft zu hinterfragen, die persönliche Rechenschaftspflicht gegenüber den Forschungspartner*innen – nicht gegenüber der Wissenschaft oder Institution – einzuhalten und über den Umgang mit dem Privileg des letzten Wortes zu reflektieren.

9. Panel: The Production of Order through Everyday Security Practices in Tajikistan and Kyrgyzstan

Das Panel stellte ein neues Forschungsprojekt am BICC zu alltäglichen Sicherheitspraktiken in Zentralasien vor. Ausgangspunkt des Projektes ist, wie Marc von Boemcken (BICC, Bonn) in dem konzeptuellen Eingangsvortrag darlegte, dass „Sicherheit“ nicht als etwas essentiell Existierendes betrachtet wird, aber auch nicht als ein auf der staatlichen Ebene verhafteter Diskurs (securitization Ansatz). So geht es in dem Forschungsprojekt darum, die alltäglichen Praktiken verschiedener Bevölkerungsgruppen in Zentralasien (Kirgistan, Tadschikistan) zu beobachten, was in Anlehnung an Arjun Appadurai als securityscapes verstanden wird. Hierbei liegt der Interessenschwerpunkt des Projekts darauf, inwiefern die gleichen bzw. abweichende Sicherheitspraktiken bei unterschiedlichen Akteursgruppen auftreten.

Die beiden anschließenden Vorträge von Nina Bagdasarova (American University of Central Asia, Bishkek) und Joomart Sulaimanov (Osh State University, Osh) sowie von Hafiz Boboyorov (Academy of Sciences, Tajikistan) beleuchteten verschiedene Fallbeispiele und berichteten von ersten Ergebnissen aus der Feldforschung. In vier unterschiedlichen Gemeinden der Stadt Osh, die durch mehrere Phasen ethnisierten Gewalt zwischen Usbeken und Kirgisen geprägt ist, untersucht das Projekt, inwiefern sich die securityscapes der Bevölkerung unterschiedlich darstellen. Die Forschung in den Hauptstädten Dushanbe und Bishkek analysiert zum einen die alltäglichen Sicherheitspraktiken von einer als ‚normal‘ anzuse-

henden Mittelschicht wie auch diejenige von gefährdeten Gruppen wie etwa Homosexuellen oder Menschenrechtsaktivist*innen.

10. Panel: Repräsentationen von Friedens- und Konfliktordnungen in schulischen Kontexten

In Jakob Kirchheimers (Georg-Eckert-Institut, Braunschweig) Vortrag wurden anhand des Fallbeispiels Guatemala konzeptionelle Überlegungen und empirisch fundierte Beobachtungen zum Verhältnis zwischen internationalen Modellen der Friedenspädagogik und Transitional Justice Interventionen vorgestellt. Der Referent argumentierte, dass auf konzeptioneller und praktischer Ebene Spannungen zwischen einer konfliktsensitiven Geschichtsvermittlung und dem friedenspädagogischen Diskurs der Culture of Peace bestünden. Anhand einer historisch kontextualisierten Diskursanalyse relevanter Passagen des guatemaltekischen Curriculums für die Sekundarstufe machte der Vortragende deutlich, dass Begrifflichkeiten wie Kultur geeignet seien, historische Konflikte und politische wie auch ökonomische Gegensätze im Unterricht zu marginalisieren.

Anschließend analysierte Dr. Tobias Ide (Georg-Eckert-Institut, Braunschweig) die Darstellung von Umwelt-Konflikt-Beziehungen in Schulbüchern. Einerseits stellte er dabei fest, dass Schulbücher gut geeignet seien, intertextuale Strukturen insbesondere an der Schnittstelle von politischen, kulturellen/medialen und (populär-)wissenschaftlichen Diskursen zu erfassen. Andererseits machte Ide deutlich, dass deutsche Schulbücher das Risiko gewaltsamer Konflikte als Folge von Umweltstress überhöhen, als Bedrohung für den globalen Norden identifizieren und den globalen Süden als verantwortlich, aber unfähig für die Lösung des Problems darstellen würden.

11. Panel: Flucht und Ordnung

Dr. Withold Mucha (Kulturwissenschaftliches Institut, Essen) hielt einen Vortrag zum Thema „(B)order control. Migration Governance in Australia, Europe, and the US“. Im Zentrum stand hierbei der Umgang mit der aktuellen Flüchtlingskrise in den betreffenden Staaten sowie die Frage, welche Maßnahmen gegen Migration ergriffen werden und welche Auswirkungen diese auf die Ursprungs- und Transitländer haben. In diesem transregionalen Vergleich identifizierte Mucha Parallelen in der Rhetorik und in der Ergreifung konkreter Maßnahmen. Während der öffentliche Diskurs häufig von einer Thematisierung der Fluchtursachen geprägt sei, zielten die ergriffenen Maßnahmen eher auf einen defensiven Ansatz ab (z.B. Militarisierung, verstärkte Grenzüberwachung, sichere Herkunftsstaaten). Nach Ansicht des Vortragenden ließen sich hier bestimmte negative Effekte erkennen, die vor allem die angrenzenden Staaten betreffen (z.B. Türkei, Mexiko). In der Konsequenz bedeute dies eine Externalisierung von Verantwortung, regionale Destabilisierung und eine Verschärfung von Menschenrechtsverletzungen und Fluchtursachen.

In ihrem Paper mit dem Titel „Die (Wieder-)Herstellung der (Un-)Ordnung? Ein Vergleich der Flucht-Berichterstattung der Wochenmagazine Spiegel und Profil“ befasste sich Dr. Viktorija Ratkovic (Universität Klagenfurt) diskursanalytisch mit der Darstellung von Migrant*innen in

den Medien. Ausgehend von der kritischen Migrationsforschung kommt sie zu der Erkenntnis, dass Flüchtlingen häufig eine Opferrolle zugeschrieben werde und die Darstellung von Migrant*innen vorwiegend negativ konnotiert sei. Mit Hilfe eines Vergleichs der Berichterstattung in den Leitmedien Spiegel und Profil näherte sich Ratkovic einer Antwort auf die Frage, welche dominierenden Vorstellungen von (il)legitimer (Un-)Ordnung in diesem Kontext deutlich werden und welche Ordnungssysteme umgangen oder (wieder-)hergestellt werden. Dabei klassifiziert sie die medialen Darstellungen auch im Hinblick auf ihren friedens- und konfliktfördernden Gehalt.

12. Panel: Geographien der Gewalt. Zur Ordnung des Raumes

Dr. Timothy Raeymaekers (Universität Zürich) stellte sein Paper mit dem Titel „Political transformation on the threshold between war and peace“ vor. Zunächst erläuterte er die Charakteristika der neuen Kriege, die aufgrund ihrer Komplexität beispielsweise die Unterscheidung zwischen staatlich und nicht-staatlich oder Krieg und Frieden erschweren würden. Im Rahmen seiner Feldforschung in der DR Kongo beobachtete Raeymaekers insbesondere, dass die staatliche Macht häufig schwach sei und es zunehmend zur Privatisierung von Macht komme, sodass „interzones“ entstünden. Außerdem ließe sich festhalten, dass es zu einem analytischen Wechsel der Zustände „no war“/„no peace“ hin zu einer Post-Kriegs-Gewalt komme.

Anschließend beschäftigte sich Prof. Dr. Bettina Engels (FU Berlin) mit „Konflikte[n] um Goldbergbau aus raumtheoretischer Perspektive“. Ihr Beitrag untersuchte den Goldbergbau in Burkina Faso, dem derzeit am schnellsten wachsenden Goldproduzenten Afrikas. Die zentrale Konfliktlinie sei die Konkurrenz zwischen handwerklichem und industriellem Bergbau. Engels untersuchte die Proteste und Konflikte sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene, wobei sie Unterschiede im Hinblick auf Konflikte und Mobilisierung beobachtete. Als Grund dafür, dass Konflikte nur an einigen Standorten eskalieren, nannte sie place-spezifische Faktoren, wobei „place“ Orte meine, die eine spezifische gesellschaftliche oder kulturelle Bedeutung hätten und Bezugspunkte für die Konstruktion von Identitäten seien.

Dipl.-Geogr. Britta Lang-Azizi (Universität Bayreuth) stellte ihre Studie über die Gewalteskalation in den Jahren 2007/08 in Kenia vor. Sie erstellte eine abstrahierte Karte der Gewalt am Naivasha-See, um auf räumliche Aspekte der Gewalt aufmerksam zu machen und bezog sich dabei auf das Konzept der traumascapes von Maria Tumarkin. Lang-Azizis Studie ist insbesondere im Hinblick auf die 2017 in Kenia bevorstehenden Wahlen relevant. Um einen erneuten Gewaltausbruch wie 2007/08 zu verhindern, soll eine Dezentralisierung der Macht mithilfe neuer counties bis 2017 erfolgen. Durch eine derartige Zuschreibung von Ethnie und Territorium könnten sich Konflikte laut Lang-Azizi jedoch weiter zuspitzen, da die soziale Sortierung in Räumen weiteres Konfliktpotenzial mit sich brächte.

Nach den Präsentationen sorgte der Discussant Kai Koddenbrock (RWTH Aachen) gemeinsam mit Moderator Prof. Dr. Benedikt Korf (RWTH Aachen) für eine rege Diskussion sowohl unter den Vortragenden als auch mit den Zuhörer*innen. Raeymaekers und Lang-Azizi erklärten beispielsweise ihr Verständnis sowie die Bedeutung von Grenzen, während Engels nochmals auf ihre Methode und die Spontanität von Protesten einging.

13. Panel: Mehrwert figurativen Denkens für das Verständnis von Konfliktdynamiken und Wandel von Ordnung

Bei diesem Panel, das von Christoph Blumert, Dr. Katja Mielke und PD Dr. Elke Grawert (BICC, Bonn) organisierte wurde, handelte es sich um ein alternatives Panelformat, das interaktiv gestaltet wurde.

Im Vorfeld des Panels hatten die Organisator*innen Thesen für figurative Perspektiven auf Konflikte allgemein und für figuratives Denken im Hinblick auf den Islamischen Staat entwickelt. Im Laufe des Panels wurden die Teilnehmer*innen dazu aufgefordert, ihre Gedanken und Fragen ebenfalls schriftlich festzuhalten. Dabei kristallisierten sich insbesondere drei Themen heraus, die im Plenum diskutiert wurden: methodologische Herausforderungen für figurative Perspektiven, die Bedeutung von Abhängigkeitsbeziehungen in Figurationen und wie man diese Idee der gegenseitigen Abhängigkeiten auf eine andere Analyseebene übertragen könne sowie ob figuratives Denken einen analytischen Überschuss im Vergleich zu anderen Konfliktansätzen und –perspektiven erzeugen könne.

Treffen der Arbeitskreise der AFK

AK Herrschaftskritische Friedensforschung

Panel: Repression, „strukturelle Gewalt“, Widerstand: Herrschaftstechniken zwischen Ordnung und Unordnung

Adrian Paukstat (Universität Augsburg) präsentierte sein Paper mit dem Titel „Dialektik der Gewalt – Unordnung des Friedens. ‚Strukturelle Gewalt‘ und ‚Positiver Frieden‘ im Lichte Kritischer Theorie“. Ziel des Papiers war es, einen kritischen Begriff der Gewalt zu konzeptualisieren, indem die Marx'sche Anthropologie und die negative Dialektik Theodor W. Adornos herangezogen wurden. Gewalt sei demnach ein Eingriff in den Metabolismus zwischen Mensch und Umwelt, sei er struktureller, epistemologischer oder physischer Natur. Paukstat beschrieb das Konzept einer Totalität und Dialektik der Gewalt, nachdem sich die verschiedenen Formen der Gewalt wechselseitig bedingen würden. Frieden sei für ihn eine Abkehr von Zwang und Ordnung.

Anschließend sprach PD Dr. Dr. Dr. Gerhard Donhauser (Alpen-Adria-Universität, Klagenfurt/Universität Innsbruck) über „Widerstand und Staatsterror. Überlegungen zum Verhältnis von staatlicher Ordnung und Repression“. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage nach dem Verhältnis zwischen staatlicher Ordnung und Terror sowie der Rolle von staatlichem Terror. Der Umgang mit Widerstand zeige dabei u.a., wie offen der Staat oder die Gesellschaft mit Pluralität umgeht. Donhauser kritisierte jedoch, dass der Terrorbegriff heute oft unzulänglich sei, da er häufig als Gewalt gegen den Staat definiert werde, was staatlichen Terror definitorisch ausschließe. Insgesamt sehe er außerdem eine Tendenz zur Repression als Instrument gegen (vermeintliche) terroristische Bedrohungen.

Simon Oschwald (Universität Augsburg) stellte sein Paper über „Das unordentliche Asylverfahren und seine Techniken der Herrschaft“ vor. Seine These lautete dabei, dass Verhandlungen von Asylverfahren keinen Raum für Fragen nach Gerechtigkeit lassen und es eine institutionalisierte Unordnung gebe. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen lag die Frage nach dem Verhältnis von Wahrheitsanspruch und Schutzversprechen. So konkurriere beispielsweise die bürokratische Konvention mit der des Schutzes, was zu einer Diskrepanz zwischen Fragen zum Schutz des/r Antragstellenden und Fragen der Wahrhaftigkeit führe. Denn im Gegensatz zum gesetzlichen Schutz gehe die bürokratische Konvention nicht auf individuelle Bedürfnisse ein, sodass Asylsuchende objektive Kriterien anvisieren müssten. Dadurch werden laut Oschwald Legitimität sowie Bedürfnisgerechtigkeit nicht hergestellt.

AK Natur, Ressourcen, Konflikte

Panel

Dipl.-Pol. Jan Sändig (Universität Tübingen) widmete seine Arbeit zum Landgrabbing der Frage, wann das aus *land deals* resultierende Gefühl der Benachteiligung in Proteste mündet und wann nicht. Laut Sändig entwickelten sich Proteste dann, wenn ein Benachteiligungsgefühl, die Gelegenheit zum Protestieren, die Abwesenheit von zu starken Repressionen, mobile Strukturen sowie kulturelle Konstrukte (z.B. kollektive Identität, Emotionen) vorhanden seien. Besonders auf der transnationalen Ebene hätten sich außerdem inzwischen einige mobilisierende Strukturen wie Netzwerke und Allianzen gebildet, die Ressourcen und Informationen zur Verfügung stellten.

Anschließend untersuchte Dr. Tobias Ide (Georg-Eckert-Institut, Braunschweig), warum Konflikte um erneuerbare Ressourcen gewaltsam eskalieren. Er stützt seine Forschung auf 20 Fallstudien aus der Literatur und nutzt die Methode der Qualitative Comparative Analysis (QCA). Als conditions (= unabhängige Variablen) benannte er das negative othering und eine hohe Machtdifferenz. Die Auslöser für gewaltsame Konflikte seien die externe Aneignung von Ressourcen sowie ein kurz zurückliegender politischer Wandel. Mit seiner Formel ließen sich 17 Fälle aus seinem Sample erklären, Ide betonte jedoch, dass Umwelt-Konflikt-Gewalt-Beziehungen sehr komplex seien.

Zuletzt stellte Caroline Kruckow (FriEnt/Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst) acht Fallstudien von Brot für die Welt vor und erläuterte die zentralen Akteure, Forderungen und Machtmittel in den ausgewählten Fällen. Insgesamt sehe Kruckow Konflikte um Landinvestitionen als starke Bedrohung für den Frieden, da Landgrabbing Konfliktdimensionen verschärfe und besonders Post-Konfliktländer anfällig für erneute Gewaltausbrüche seien. Neuartige Merkmale derartiger Konflikte seien die hohe Machtasymmetrie, das Vorgehen staatlicher und privater Sicherheitskräfte gegen die eigene Bevölkerung sowie Größe, Ausmaß und Schnelligkeit der Landvergabe an Investoren.

Verleihung des Christiane-Rajewsky-Preises 2016

Auch in diesem Jahr hielt Prof. Dr. Claudia von Braunmühl (FU Berlin, Vorsitzende der Jury) die Laudatio im Rahmen der Verleihung des Christiane-Rajewsky-Preises. Sie gab zunächst einen Überblick über die eingereichten Bewerbungen - während es 2013 nur 11 Bewerber*innen gegeben habe, sei die Anzahl der Einreichungen in den letzten Jahren deutlich gestiegen, was eine sehr positive Entwicklung darstelle. Anschließend stellte von Braunmühl die beiden Preisträgerinnen vor und begründete kurz die Entscheidung der Jury für die Arbeiten, die sich beide mit Rechtsvorstellungen und Rechtskonstruktionen befassen.

Dorte Hühnert untersuchte in ihrer Masterarbeit, wie es der Bush-Administration gelang, den „unlawful enemy combatant“ einzuführen und legte mit ihrer Arbeit die Legitimationsstrategie der Bush-Administration offen. Diese habe darin bestanden, den Krieg gegen den Terror als neuen Krieg zu bezeichnen, der neue Mittel erfordere und den US-Präsidenten ermächtige, die notwendigen Schritte einzuleiten. Der von den USA geführte Krieg gegen den Terror sei für sie unbegreiflich, weshalb Hühnert multilaterale Aushandlungsprozesse und ein stärkeres Völkerrecht forderte.

Die zweite Gewinnerin des Christiane-Rajewsky-Preises 2016, Dr. Evelyne Schmid, erhielt den Preis für das aus ihrer Dissertation hervorgegangene Buch mit dem Titel „Taking Economic, Social and Cultural Rights Seriously in International Criminal Law“. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob es möglich sei, dass wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte so verletzt werden, dass sie völkerstrafrechtlich verfolgt werden können. Schmid gelangte in ihrer Arbeit zu dem Ergebnis, dass es eine Verknüpfung zwischen den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten und dem Völkerstrafrecht gebe, die es ernst zu nehmen gelte.